

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
COLLECTED HIGHLIGHTS
NO. 66 DEZEMBER 2010

ANERKENNUNG FÜR ALLE!

Ihr müsst euch nur richtig anstrengen! Dann schafft ihr es auch vom Tellerwäscher zum Nobelpreisträger... **Seiten 4-5**

BILDUNG FÜR ALLE!

Wer ist schuld? Das Bildungssystem. Wie es besser geht, steht im ‚Lehrbuch für Migrationspädagogik‘. **Seiten 6-7**

HU FÜR ALLE!

Immerhin eine Broschüre. Die real existierende Gleichstellungspolitik der HU beleuchten die **Seiten 12-14**



Kampf um Gleichstellung

editorial

Nicht nur das Jahr 2010 liegt schon wieder hinter uns, nein auch eine Durststrecke. Die Redaktion gehört zumindest nicht jenen 47 Prozent der Berliner Studierenden an, die mehr als 1.100 Euro im Monat zur Verfügung haben. Ihr etwa? Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks lässt frösteln. Letztes Jahr hatten 17 Prozent der Berliner Studis weniger als den damaligen BAföG Höchst-satz von 648 Euro monatlich. Um einen Nebenjob kommt mensch da kaum herum. Das zeigen auch die Zahlen: Im Jahr 2009 mussten 39 Prozent aller Studierenden ihr Überleben durch einen Nebenjob finanzieren. Zum Vergleich: 1991 waren es nur 11 Prozent. Das liegt auch daran, dass die eigenen Eltern immer häufiger keine Unterstützung mehr leisten können.

Doch zwischen den Durststrecken darf auch gerne mal gefeiert werden. Die HUCh! besuchte die Jubiläumsfeier des Kinderladens „Die Humbolde“. Seit 15 Jahren ist die vom Referent_innenRat betriebene Einrichtung – und einzige Kinderbe-treuung an der Humboldt Universität – nicht mehr wegzudenken. Auch Jan-Hendrik Olbertz weiß das und gratuliert zum langjährigen Erfolg. Den Gut-schein für eine neue Kinderküche übergab er mit den Worten: „Dass mir aber auch zuerst die Jungs in der Küche spielen“. Aber: Genderpolitik spielt sich nicht nur am Herd ab. Auch im Hörsaal führen unhinterfragte *weiß*-männlich-geabelte Strukturen nicht zu gleicher Teilhabe, sondern zu Ungleich-stellungen im System.

Einen aktiv-gemütlichen Jahresausklang wünscht Die HUCh!

inhalt

- 3** **Egalité!**
Vor der Uni sind alle gleich
- 4** **200 Jahre Schwanzvergleich**
Anerkennung und Ausschluss
- 6** **Wer will der kann?**
Rezension: Migrationspädagogik
- 8** **Familienfreundliche Hochschule?**
15 Jahre Humbolde
- 10** **Schwarzer, lass gut sein!**
Kopftücher und Feminismus
- 12** **Prinzip oder Imagepflege**
Gleichstellung an der HU
- 15** **Ihr Route wird neu berechnet**
Die neue Überforderungsberatung

Ständische Vertretung

– Neues aus StuPa und RefRat –

Berufungsverfahren:

Die Studierenden der HU haben im Fall des Wahlverfahrens von Frau Dr. Gutheil zur Vizepräsidentin für Haushalt eingelegt. Am 07.11.2010 hat das Verwaltungsgericht Berlin die Klage einer Studentin abgewiesen, die gegen das Wahlverfahren von Frau Dr. Gutheil zur Vizepräsidentin für Haushalt, Personal und Technik an der HU Einspruch eingelegt hatte. Zwar folgte das Gericht dem Antrag, dass eine Kennzeichnung der Stimmzettel der Studierenden gegen den Grundsatz der geheimen, freien und gleichen Wahl verstößt, eine Neuwahl hielt das Gericht dennoch nicht für notwendig. Das Gericht hat in seinem Urteil eindeutig erklärt, dass die Wahl rechtswidrig gewesen ist. Dass Gleichzeitig die Wahlordnung der HU nicht anerkannt wird, wonach eine rechtswidrige Wahl wiederholt werden muss, ist für die Studierendenvertreterin Silvia Gruß, die die Klage eingereicht hat, nicht nachvollziehbar. Das Gericht begründete die Rechtswidrigkeit der Wahl unter anderem damit, dass die Kennzeichnung der Stimmzettel mit dem Zusatz „Studierende“ dazu führen kann, dass die Studierenden in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst werden könnten. Es sei nicht auszuschließen, dass diese sich mit Nachteilen konfrontiert sehen müssen, sofern ihre Entscheidung öffentlich wird. Die Ablehnung der Wahlwiederholung begründet das Gericht wiederum damit, dass das Stimmverhalten der Studierenden keine Auswirkungen auf das Ergebnis gehabt habe. Das Gericht beruft sich hier auf Fakten, welche es nicht gehabt hätte, wäre die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt worden. Unser Abstimmungsverhalten ist nun öffentlich und der eigentlich anerkannte Fakt wird durch das Gericht selber ignoriert. Darüber hinaus verkennt das Urteil die besondere Wahlsituation in der Gremienuniversität. Die Professorinnen und Professoren haben grundsätzlich eine Stimme mehr als alle anderen Statusgruppen zusammen. Dem Diskriminierungsschutz der übrigen Statusgruppen kann also nur Rechnung getragen werden, wenn eine rechtswidrige Wahl auch wiederholt wird. Andernfalls könnten grundsätzlich alle Wahlen rechtswidrig durchgeführt werden, da die verankerte Mehrheit der Professorinnen und Professoren immer dazu führen könnte, dass die notwendige Mehrheit zu Stande kommt. Was das Berufungsverfahren bringt, ist abzuwarten. Hoffentlich nicht noch mehr rechtswidrige Wahlen.

Kommissionsarbeit:

Die Kommission „Barrierefreie HU“ hat mittlerweile zum sechsten Mal getagt. Seit ihrer Gründung am 13. Juli 2010 konnten sich die Mitglieder unter teilweise hitzigen Diskussionen auf einen gemeinsamen Ansatz einigen, der definiert, was unter Barrierefreiheit gefasst werden soll. Der Fokus soll nicht nur auf baulichen, informationstechnischen und kommunikativen Schlechterstellungen liegen, sondern auch darauf Diskriminierungen grundlegend zu vermeiden. In diesem Sinne soll der Zugang zu Lehre und Studium chancengleich gestaltet werden und nicht auf Grund genormter Barrieren verhindert werden. Der Anspruch an die Richtlinienarbeit der Kommission ist damit sehr hoch, da es bei genormten Barrieren nicht nur um oben aufgeführte industrielle Barrieren, wie etwa Nutzungseinschränkungen bestimmter Technik oder dem Zugang zu Gebäuden geht, sondern auch um gesellschaftliche Barrieren, die für die politische Praxis aber schwerer (be)greifbar ist. Was bei den Erarbeitungen der Richtlinien von dem zunächst lobenden Ansatz übrig bleibt ist jedoch fraglich. Wünschenswert wären obligatorische Sensibilisierungsseminare für Lehrende und Mitarbeiter_innen und Studierende als auch eine Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen. Die nächste Sitzung ist im Januar und ist offen für Gäste! Wer sich interessiert kann sich gerne beim Publikationsreferat unter publikation@refrat.hu-berlin.de melden.

Termine:

Die nächsten StuPa-Sitzungen werden am 20. Dezember 2010 und am 28. Januar 2011 stattfinden.



Egalité!

Universitäre Gleichstellungspolitik bedarf nach mittlerweile 25 Jahren einer Generalüberholung. Unserer Meinung nach sollte Gleichstellungspolitik Chancengleichheit aber nicht nur für Frauen und Männer¹ betrachten, sondern auch andere Differenzkategorien wie Ableism, Rassismus, Alter und Heteronormativität mit einbeziehen. Von ANETT ZEIDLER.

Gleichstellungspolitik an der Humboldt Universität ist ein zweiseitiges Schwert. Repräsentativ soll Chancengleichheit anhand von Zahlen nach außen getragen werden – die prozentuale Angleichung des Anteils von ‚Frauen‘ als Studierende, Promovierenden, Habilitierende und als Professor_innen. Machtstrukturen entlang unterschiedlicher Differenzkategorien in der bundesdeutschen Bildungspolitik spielen bis dato aber nur eine marginale Rolle. Das sieht mensch nicht nur in der Praxis der unterschiedlichen Zugänge zu frühkindlicher Betreuung, Schule und Hochschulstudium, die sich auch auf die strukturelle Besetzung auswirken. Daten über die Teilhabe in Posten in höherer Ebene von ‚Migrationsanderen‘ an der HU gibt es zum Beispiel nicht. Strukturell vertreten werden immerhin Frauen durch die Gleichstellungsbeauftragte und auch Menschen mit Behinderung durch den Beauftragten für die Belange behinderter und chronisch kranker Studierender. Doch geht es auch nur darum, mehr Stellen für marginalisierte Perspektiven zu schaffen. Universitäre Machtstrukturen an sich sind ebenso überholt wie das alleinige Streben nach mehr Frauen auf dem Campus.

Durch ein Außerachtlassen von Rassismus als Ordnungssystem auch für die bundesdeutsche Bildungspolitik, schafft sich der *weiße* Feminismus selbst Plätze an der Sonne und lässt andere im Schatten. So hören wir nicht nur Thilo Sarrazin aus der rechtspopulistischen Ecke brabbeln. Bass, Tenor und Sopran stimmen mit ein, das Murmeln wird lauter: ‚Migrationsandere‘ seien selbst Schuld an schlechter Schulbildung, Sprachdefiziten und Arbeitslosigkeit. Die Notwendigkeit eines neuen Feminismus, der sich selbst als auch die Doktrin der Gleichstellung kritisch hinterfragt, liegt in den realen Ausschlüssen und Schlechterstellungen jener begrün-

det, die sich entlang von Differenzkategorien wider die Norm bewegen. Bewegen klingt frei und gewollt. Wer außerhalb der Norm klassifiziert wird, ist zumeist jedoch keine freie Entscheidung. Von Schlechterstellungen sind viele Menschen und in jeweils ganz unterschiedlicher Weise betroffen. Ob da nur eine Einführung der Gesamtschule bei gleichbleibend normierten Wissensstandards ausreicht, sei dahin gestellt. Ja selbst die Inhalte des Lernstoffs schließen ja schon aus, was nicht rein soll. Neben Kanonliteratur wie Goethe und Schiller schreibt letzten Endes aber auch die Gegenwart Geschichte. Der UNHCR zum Beispiel stellt für Pädagog_innen kostenloses Unterrichtsmaterial bereit, das über Flüchtlinge, Gründe der Flucht, die Flucht selbst und verschiedene Regionen der Welt aufklärt. Auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung ist einiges zu holen. Dass solche Themen mehr Platz im Unterricht selbst finden, kommt ganz auf die zukünftige, politische Praxis der Einzelnen, der Bundesländer und des Bundes an. Der Weg ist lang, der Weg ist steinig. Auf in die politische Praxis! Solidarität ist rar.

Chancengleichheit allein als Thema von Frauen der Mehrheitsgesellschaft anzusehen grenzt Menschen aus, die sich im Kontext vielseitiger Differenzkategorien bewegen. Das politische Feld des Feminismus muss sich notwendig erweitern, um dem radikalen Anspruch an sich selbst gerecht zu werden. Alles andere entspräche einem Weichspülprogramm, um eigene Privilegien im Rahmen patriarchaler Herrschaftsstrukturen auszunutzen und sich darauf auszuruhen. Von Seiten der Postkolonialen Theorie etwa kommen gute Einwände, die gar von einer hegemonialen Weiblichkeit und ‚ethnischer‘ Privilegierung im und durch den Diskurs selbst sprechen. In diesem Sinne haben wir das Thema Gleichstellungspolitik zum Fokus dieser Ausgabe gemacht.



Foto: Aldo van Zeeland auf flickr.com

Nicht nur Herrschaftsmechanismen sind vielschichtig

¹ Die Redaktion versucht grundsätzlich die Kategorien „Mann“ und „Frau“ als konstruierte mitzudenken. Wir sind der Annahme, diese Lesebrille auch unseren Leser_innen zumuten zu können. Durch das Gender Gap in Bezeichnungen wie etwa „Student_in“ soll die Möglichkeit der Mehrgeschlechtlichkeit ausgedrückt werden.

200 Jahre Schwanzvergleich? auf zur Lieblingsdildo-Tauschbörse!

Ein Mahnmal erinnert vor dem Senatssaal der HU an die Herrschaftsförmigkeit der Institution Universität. Doch, kommt die Botschaft an? FEMITRONIX buchstabiert sie vorsichtshalber einmal aus.

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Denkmalgeschützt erinnert Marx' Aussage im Hauptgebäude der HU an die materielle und politische Seite der Wissenschaft. Einen Treppenabsatz weiter erhält Marx Unterstützung: Portraits von mit Nobelpreisen versehenen *weißen* Männern erinnern vor dem Senatssaal an die dunkle, männerdominierte Vergangenheit der Universität. Fast vermag mensch sie leise flüstern hören: „Seht her! Die gesellschaftlichen Hierarchien machen vor der Universität keinen Halt. Wir wurden und werden geehrt. Nicht die Menschen, die für uns gekocht, geputzt, genäht haben; nicht all die Frauen, die dies für ihre Männer taten und daran gehindert wurden zu studieren; nicht die Frauen, die sich im akademischen Betrieb durchgesetzt haben, obwohl niemand ihnen die Reproduktionsarbeit abnahm; nicht die Schwarzen Menschen und POC, die dafür gekämpft haben, an hiesigen Universitäten studieren zu können; auch nicht unsere Mitarbeiter_innen und überhaupt: Ehrungen! Schwanzvergleiche! Was für ein Quatsch! Eine Schande ist das! Macht es besser!“

Der formal gleichberechtigte Zugang Aller zu höherer Bildung ist „beruhigend“ formal geblieben

Und doch scheint dieses Mahnmal etwas zu voraussetzungsreich konzipiert. Auch, so war zu befürchten, für die geladenen „Experten“ der nichtöffentlichen Konferenz mit dem Titel „Das Modell Humboldt – Die Zukunft der Universitäten in der Welt der Forschung“, die Anfang Oktober im Senatssaal stattfand. Bei einer Debatte um die Zukunft der Universitäten wäre ein Missverständnis in dieser Sache natürlich fatal. Um dem vorzubeugen schien eine etwas einfachere Vermittlung der Problematik angebracht: Wir vertauschten die Nobelpreisträger also kurzerhand mit den Portraits verdienter weiblicher Universitätsangehöriger aus dem Seitenflügel (dort hingen sie vermutlich um die Marginalisierung von Frauen im akademischen Betrieb zu problematisieren).

Nicht nur die Tatsache, dass der ursprüngliche Zustand innerhalb weniger Tage wiederhergestellt war, lässt uns befürchten, dass die volle symbolische Tragweite unserer Aktion nicht angekommen ist. Denn selbstverständlich ging es uns um weit mehr als darum, die Marginalisierung „begabter“ Frauen in der Wissenschaft anzumerken. (So nach dem Motto: Was da nicht alles schon an Potenzial verloren gegangen ist! Nein wie ineffizient sind doch diese verkrusteten patriarchalen Strukturen! Darum geht's aber nicht! Wir wollen nicht mehr *Effizienz* durch Frauenförderprogramme!)

Chancengleichheit?

Zugang zu Bildung und Wissen sowie die Möglichkeit Erkenntnis- und Wissenshunger entwickeln und stillen zu können sind absolute Privilegien. Der formal gleichberechtigte Zugang Aller zu höherer Bildung ist „beruhigend“ formal geblieben. Die Universität, überdacht vom heiligsten Heiligenschein der Moderne, der Neutralität und Objektivität, behauptet, dass hier wirklich nur Leistungen zählen und niemand wegen sozialer Herkunft, Geschlecht, „Rasse“ oder sonstwas rausfällt. Pustekuchen! Die Bedingung der angeblichen Chancengleichheit ist, dass alle bei ungleichen Lebensrealitäten und vor allem ungleichen Handlungsspielräumen gefälligst die gleichen Lern-, Erkenntnis- und sonstigen Bedürfnisse und Möglichkeiten haben sollen.

Aber zeig doch mal gleichberechtigt deine akademische Leistung, wenn du nicht mit reichen Eltern gesegnet bist und drei Nebenjobs annehmen musst um zu studieren, während dir dein Umfeld ein schlechtes Gewissen einredet, weil du noch keinen „richtigen“ Job hast und während du das Gefühl hast nicht hineinzupassen, weil du den akademischen Habitus nicht von zu Hause mitbekommen hast, du dir den männlichen Akademiker-Sprech und eine angemessene Arroganz also erst noch aneignen musst. But who cares? Was zählt, ist das gute Gefühl, gleichberechtigten Zugang zu einem Vollzeit-Bachelor mit Anwesenheitspflicht zu haben. Wir haben keinen Bock mehr uns das zynische Märchen erzählen zu lassen von „ihr hättet euch ja nur mehr anstrengen müssen“.

Die Universität ist dabei nur eine der vorzüglichen Institutionen, um die dauernde Sortierung zu verschleiern, zu legitimieren und durchzusetzen, die praktisch festschreibt, wer auf diesem Planeten auf der Sonnenseite sitzt und wer sich mit einer Schattenexistenz zufrieden geben soll.

Pustekuchen!

Wir leben in einer Gesellschaft die von Herrschaftsverhältnissen und ihren Effekten durchzogen ist. Die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsteilung in der Uni sind genauso ungerecht wie in jedem scheiß anderen Betrieb, oder wo Leute sonst noch für Lohn arbeiten, oder sich für Liebe und (in Aussicht gestellte) Anerkennung „anstrengen“! In Wirklichkeit werden weder die



Umverteilung von Anerkennung



Da staunt der Experte

Anstrengung, noch die Arbeit, noch die Menschen, die sie machen, entsprechend behandelt und anerkannt. Und anders herum gibt es für die, deren Arbeit weniger anerkannt oder beliebt ist, auch nicht mehr Kohle als Ausgleich... im Gegenteil! Für Drecksarbeit gibt es weiterhin wenig oder gar keine Kohle und einen Arschtritt noch dazu. Es kotzt uns echt an!

2008 verdienten Akademiker_innen im Schnitt 67 Prozent mehr als Erwerbstätige, die „nur“ über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, seit 1998 hat sich der Einkommensvorsprung mehr als verdoppelt¹. Frauen verdienen übrigens (auch in Zeiten von Gendermainstreaming noch) durchschnittlich 25% weniger als Männer und unter 20% der Professuren sind von Frauen besetzt.

Es geht hier auch um uns (die wir hier schreiben): Kinder großziehen, soziale Netzwerke pflegen, emotionale Unterstützungsarbeit machen, Haushalt schmeißen, den politischen Streit für ein schöneres Leben nicht aufgeben, Geld zum Leben ranschaffen, Studium/Karriere gebacken kriegen und und und... Wir haben kein Bock mehr all diese Anforderungen als rein individuelles psychologisches oder finanz- und anlageplanerisches Problem vereinzelt lösen zu müssen. Auch ein weiteres Programm zur Förderung von begabten, aber „sozial benachteiligten“ Student_innen, bringt uns nicht grundlegend weiter. Diese Programme soll es gerne geben, aber ...wir wollen vor allem den Mythos vom Einzelkämpfer-Helden zerschlagen, der auf den Spuren der Wahrheit und im Dienste der Wissenschaft und Menschheit nebenbei die Karriereleiter erklimmt, und fordern daher:

Legt das wirkliche Gewurstel hinter der Wissenschaft offen und macht es euch dreist zu Nutze! Ja, kooperiert doch auch mal gegen die Hierarchien! Tut euch zusammen! Schreibt voneinander ab! Tauscht Hausarbeiten

aus, fordert kritische Wissenschaft und betreibt diese selbst, hinterfragt den Kanon der Fachbereiche, organisiert Lesekreise zu den Themen die euch wirklich interessieren, fälscht und kopiert Zeugnisse und Scheine. Seid Viren im Campus-Management-Programm. Bringt euch und anderen Leuten, die nicht studieren können, gegenseitig bei, was ihr in der gewonnenen Zeit gelernt und herausgefunden habt und was euch wirklich interessiert. Schmuggelt subversive Bücher in die Bib. Erschleicht und ermogelt euch und anderen Zeit zum Ausruhen, Entspannen, füreinander Kochen und abwechselnd die Kinder zum Lachen bringen. Redet mal mit den Menschen, die an der Uni für euch kochen und putzen; unterstützt sie bei ihrem nächsten Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. Sortiert und verteilt solidarisch um- auch wenn es nur kleine symbolische Akte sind wie unsere Bilder-Umhäng-Aktion, von der wir hoffen, dass sie Nachahmer_innen findet. Sonst werden wir es wieder tun, frei nach dem Motto: Schwanzvergleiche zu Lieblings-Dildo-Tauschbörsen!

Für Drecksarbeit gibt es weiterhin wenig oder gar keine Kohle und einen Arschtritt noch dazu!

² Studie: „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Wer will der kann?

Mit diesem Irrtum räumen Paul Mecheril et al. nun endgültig auf. **MIGRATIONS PÄDAGOGIK**, ein Lehrbuch für Studierende, das Schieflagen und Ausschlussmechanismen der bundesdeutschen Bildungspolitik thematisiert. Migrationspädagogik ist Devise und Perspektive, um dem gleichstellungspolitischen Programm „Bildung für alle“ auf die Spur zu kommen. Eine Rezension von IVAN KONTOROWSKI

„Migrationsandere“ und „Nicht-Migrationsandere“

Die von Mecheril eingeführten Begrifflichkeiten versuchen in ihrer Konzeption auf natio-ethno-kulturelle Zuschreibungspraktiken zu reagieren, die je nach Kontext verschieden sein können. Die Begriffe sollen als Werkzeuge verstanden werden, die heute vielleicht noch für Irritation sorgen, morgen aber schon essentialisiert sein können und damit nicht weniger hegemoniale Bilder homogener „Gruppen“ (qua Geburt) (re)produzieren würden als etwa Begriffe wie „Migrant“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“. In diesem Sinne schlägt Mecheril eine Verwendung der Begriffe in Anführungszeichen vor, um auf deren eigenen Konstruktionscharakter hinzuweisen.

In Deutschland besitzen 83 Prozent der Bevölkerung Abitur oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Vergleich dazu: Das OECD¹-Mittel liegt bei 66 Prozent. PISA und IGLU² Studie zeigen gleichzeitig auf, dass in keinem vergleichbaren Land die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg entscheidet wie in Deutschland. In einem Land des Wohlstands herrscht Armut – relative Armut. Nach Definition der EU trifft dies auf die Personen zu, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Laut des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind dies 11,5 Millionen Menschen (14 Prozent der Bevölkerung) in Deutschland.³ Folgen relativer Armut sind Mangelernährung, chronische Krankheiten, niedriger Bildungsstand sowie Kontakt- und Kommunikationsarmut. Wer will der kann? Mitnichten.

Schlechterstellung „Migrationsanderer“

„Migrationsandere“ sind öfter als „Nicht-Migrationsandere“ einem Armutsrisiko ausgesetzt, da die Bildungsabschlüsse, die sie im Ausland erworben haben, in Deutschland oftmals nicht anerkannt werden. Nicht selten arbeiten studierte Ärzt_innen als gering verdienende Putzkraft. Derlei Lebensumstände wirken sich natürlich auch auf die Kinder aus, die in der Schule entweder nicht an Klassenfahrten teilnehmen können, kein Geld für privaten Unterricht und Freizeitspaß haben oder nicht entspannt in den Unterricht gehen können, weil sie etwa weder Raum noch Zeit haben, sich zu erholen. Migrationspädagogik nun ist ein Ansatz, der sich entlang solcher realen Ausschlussmechanismen orientiert und standardisierte Gleichstellungsphantasien unter dem Titel „Bildung für alle“ kritisch hinterfragt. Der Übergang von der Grundschule zur Real, Haupt- oder Sonderschule ist für Kinder mit geringen Bildungschancen faktisch vorprogrammiert. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) bestätigt hier eine „indirekte Diskriminierung“ „migrationsanderer“ Kinder und Jugendlicher im bundesdeutschen Bildungssystem und fordert die Integration von Themen, die die Rolle der Diskriminierung bei Auswahlverfahren und während des Schuljahres thematisieren, in die pädagogische Ausbildung. Mecheril et al. legen ihren Fokus auf eben jene Ausschlussmechanismen in und durch das bundesdeutsche Bildungssystem. Migrationspädagogik als Alternative?

Der Ansatz der Migrationspädagogik ist, Migration nicht als Defizit, sondern als universelle Praxis und allgemeine menschliche Handlungsform zu begreifen und zu bewerten. Ob gezwungenermaßen als Folge von Kriegen oder ökologischen Veränderungen oder

als selbstbestimmte Entscheidung, den Arbeits- und Lebensmittelpunkt verändern zu wollen: Migration ist konstitutiv für das 21. Jahrhundert. Gleichzeitig ist es wichtig zu erkennen, dass Migration Debatten aufwirft, die den Fokus auf Grenzen der Zugehörigkeit lenken und diese problematisieren. Nicht nur ein Überschreiten einer Grenze auf dem Weg von A nach B, sondern auch Grenzen des „Innen“ und „Außen“, Grenzen zwischen „Wir“ und „Nicht-Wir“ werden hier debattiert. Bestes Beispiel ist Thilo Sarrazin, der in seinen Sprechweisen um „Migranten“ als bildungsferne Schicht per se neorassistische Spielarten ganz offen auslebt. Da wird von Integration als Folge des eigenen Willens und dem Zwang zur Assimilation gesprochen, dass einem der Atem wegbleibt. Das deutsche Adlerauge spät insbesondere muslimische „Migrationsandere“ aus und verletzt sie in ihrer Menschenwürde. „Migrationsandere“ als homogene Gruppe darzustellen, die defizitär und dumm sei, ist von Grund auf rassistisch!

Um Bedingungen und reale Auswirkungen solcher pauschalisierender Zuschreibungen über „Migrationsandere“ zu begreifen, schlagen die Autor_innen des Lehrbuchs eine Analyse jener stereotypen Zuschreibungen vor. Mit dem Konzept der natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit scheint dies auch möglich, weil es zulässt, unscharfe und diffuse Konstruktionen der Kategorien „Nation“, „Ethnizität“ und „Kultur“ zu thematisieren. Deren wechselseitige Verwiesenheit sowie Unklarheit seien nach Mecheril Bedingung ihres politischen und sozialen Wirksamwerdens. Unter „Unklarheit“ sei „der Hintergrund [gemeint], vor dem es möglich wird, Imaginationen, Unterstellungen und sehr grobe Zuschreibungen vorzunehmen, die dem Gebrauch solcher Beziehungen wie „türkisch“, „italienisch“, „deutsch“, „arabisch“ zugrunde liegen“ (Mecheril et al. 2010: 14). Ein rassistisches Ordnungssystem ist eine der dominanten Ursachen der Schlechterstellung „Migrationsanderer“. Reale Auswirkungen sind der Ausschluss von gleichen Bildungschancen auf der einen Seite und die Verteidigung des gleichstellungspolitischen Ideals „Bildung für alle“ auf der anderen Seite, das real aber nicht greift.

Menschenrecht Bildung – mit Ausnahme

Der Zugang zum Grundschulunterricht etwa bleibt laut des Weltbildungsberichts 2010 „Ausgeschlossene einbinden“⁴ circa 72 Millionen Kindern weltweit verwehrt. Auch in Deutschland. Ungleiche Lebenschancen zeigen sich nicht nur in unterschiedlichen Empfehlungen für das Gymnasium von „Migrationsanderen“ und „Nicht-Migrationsanderen“. Auch der generelle Zugang zur Bildung ist je nach Aufenthaltsstatus und Bundesland

1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

2 Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung.

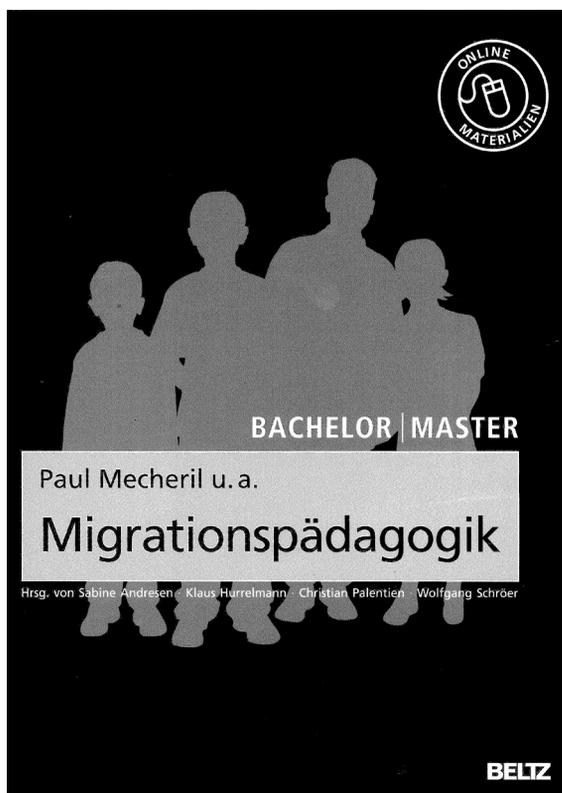
3 Erhoben aus den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) 2008. www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.347305.de/10-7.pdf

4 EFA Global Monitoring Report (2010): Weltbericht Bildung für alle. Ausgeschlossene einbinden (Kurzfassung). www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/efareport2010dt.pdf

unterschiedlich reguliert. Das Dogma „Bildung für alle“ tritt hier außer Kraft. Terre des hommes verzeichnet bis zu 605.000 Flüchtlinge in Deutschland. Ungefähr die Hälfte davon sei Kinder. 2005 ließ die Kinderhilfsorganisation die Beschulung von Flüchtlingskindern in den 16 Bundesländern Deutschlands untersuchen. In sieben Bundesländern gab damals für circa 40.000 Kinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus keine Schulpflicht. Mittlerweile ist der Schulbesuch (außer in Hessen) in allen Bundesländern auch für geduldete Flüchtlingskinder und solche, die sich im Asylverfahren befinden, obligatorisch.⁵ Aufgrund fehlender Informationen über Rechte und Pflichten sowie durch fehlende Unterstützung beim Ausfüllen der notwendigen Anträge bleiben Kinder dennoch oft vom Unterricht ausgegrenzt. Die Bildungssituation für Illegalisierte sieht noch drastischer aus. Zwischen 500.000 und 1 Million Menschen leben ohne gültige Papiere in Deutschland, so terre des hommes. Schulleiter_innen und Leiter_innen von Kindertagesstätten seien verpflichtet, diese Kinder den Ausländerbehörden zu melden. Durch die Gefahr der Abschiebung, trauen sich viele illegalisierte Eltern nicht, ihre Kinder in der Schule anzumelden.

Wer will der kann...

In der Regel wird von Integration als Zeichen des individuellen Willens gesprochen. Als Folge dessen werden Schlechterstellungen an das Individuum gekoppelt. Die Dominanzgesellschaft kann mithilfe dieser Praxis den proklamierten Erfolg oder Misserfolg von Integration allein ‚Migrationsanderen‘ zuschreiben. Darauf ausruhend muss dann nicht mehr das bundesdeutsche Bildungssystem selbst angeprangert werden. Vielmehr können durch die Problemverschiebung von Missständen auf ‚Migrationsandere‘ Ungleichheit schaffende Strukturen verdeckt werden. Dies ist ein weiteres Werkzeug, dass die Perspektive Migrationspädagogik bereitstellt: Eine Analyse der realen Bedeutung von Migration macht es möglich, die Perspektive auch auf jene zu lenken, die in der Regel nicht unter dem Stichwort ‚Migration‘ gefasst werden: Weiße, die dem Stereotyp des bundesdeutschen Bürgers oder der bundesdeutschen Bürgerin entsprechen. In der Abgrenzung zu ‚Migrationsanderen‘ werden Ursachen von Ungleichstellungen ausgelagert, Folgen sexistischer, heteronormativer und ökonomischer Schlechterstellungen werden ‚ethnifiziert‘. Auch unterschiedliche Formen neorassistischer Spielarten lassen sich mithilfe des Analysekonzepts der Migrationspädagogik erklären. So können hegemoniale Sprechweisen um ‚den Islam‘ etwa als antimuslimischer Rassismus ausgemacht werden, wobei Zuschreibungen von Religion und



Paul Mecheril/Maria do Mar Castro Varela/Inci Dirim/Anita Kalpaka/Claus Melter:
Bachelor | Master:
Migrationspädagogik
 EUR 19,95
 ISBN 978-3-407-34205-8
 1. Auflage 2010. 192 Seiten. (Beltz)

Religiösität denen von Nation, ‚Ethnie‘ und Kultur nahe stehen und mit diesen in den Debatten verwoben dargestellt sind. Das Ziel eines solch herrschaftskritischen Ansatzes wie der der Migrationspädagogik, ist es, (verschleierte) Machtbeziehungen aufzudecken, zu dekonstruieren und darauf aufbauend neue politische Ansätze zu finden, die nicht (nur) darauf abzielen, Schlechterstellungen Anderer zu kompensieren, sondern an deren Ursachen ansetzen will, ist ein höchst politisches, radikales und komplexes Unternehmen. Mecheril selbst merkt an, dass das Schnittthema ‚Gender‘ in seinem Fokus zu kurz kommt. Da Migrationspädagogik aber von Grund auf auf eine Analyse interdependenter Machtstrukturen ausgerichtet ist, kann und sollte Gender in der wissenschaftstheoretischen Praxis als fundamentale Differenzkategorie einbezogen werden und ist mit dem Konzept natio-ethno-kultureller Zugehörigkeiten ohne weiteres kombinierbar. Zur Orientierung helfen den Lesern viele Merksätze und Infokästen. Auch kann bereits erworbenes Wissen über pädagogische Ansätze mit einer chronologischen Darstellung, die die bundesdeutschen, migrationsgesellschaftlichen Bildungsdiskurse seit den 1960er Jahren thematisiert, abgeglichen werden und um die Perspektive Migration erweitert oder gar neu strukturiert werden.

Insgesamt zeigen Paul Mecheril et al. auf, dass ohne ein Verständnis von Rassismus als grundlegendes, gesellschaftliches Ordnungsprinzip es nicht möglich sein wird plakative Aussagen à la Sarrazin aufzubrechen. Ohne ein solches Verständnis kann kaum begriffen werden, dass das Postulat der gleichen Teilhabe und ‚Bildung für alle‘ aufgrund seiner (eurozentrischen) Ausrichtung selbst aussortiert und schlechter stellt – nach einem rassistischen Schema. Was Menschen tun können, die nicht Öl sondern Blockade im Räderwerk sein wollen, ist in Form verschiedener Bausteine für die Praxis beschrieben. Das knapp 200 Seiten schlanke Lehrbuch sollte nicht nur Grundlage eines jeden Pädagogikstudiums sein, sondern auch in allen Sozialwissenschaftlichen Bereichen zum Kanon gehören. Leicht verständlich. Dringend lesenswert!

5 www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/fluechtlingskinder/bildungssituation.htm

Familienfreundliche Hochschule?

Gerade hat der Kinderladen „Die Humbolde“ sein 15 jähriges Bestehen gefeiert. Grund genug einmal über das von Studierenden selbstorganisierte Betreuungsangebot für Kinder und die Familienpolitik der Humboldt Universität nachzudenken.

VON ANNIKA SCHAUER UND MARLENE SCHAUER

Für viele sind Vorlesungen von 16:00 bis 18:00 Uhr kein größeres Problem. Anders sieht es für Studierende mit Kind aus. So können vor allem solche späten Termine erhebliche Probleme bei der Studien- und Tagesorganisation schaffen. Die meisten öffentlichen und privaten Kindertagesstätten haben normalerweise nur bis maximal fünf Uhr Nachmittags geöffnet. Wer betreut also die Kinder wenn alles noch im Seminar sitzt und niemand sich kümmern kann?

Nicht nur abends stellt die Betreuung von Kindern von Studierenden ein größeres Problem dar. Durch die flexiblen Studienzeiten sind die festen Zeiten einer Kita für Studierende denkbar ungeeignet. Kinder brauchen einen stressfreien Raum, in dem sie sich entwickeln und geborgen fühlen können. Ständige Orts- und Betreuungswechsel – von der Kita in die Uni nach Hause und zum Babysitter – bedeuten nicht nur großen Stress für die Familie, sondern auch Kosten, die für viele Eltern nicht zu tragen sind. Diese Probleme sind nicht neu, haben sich aber in Zeiten einer zunehmenden Leistungsorientierung der Gesellschaft verstärkt.

Auch vor 15 Jahren war es alles andere als leicht Kinder und Uni unter einen Hut zu bekommen. Der Mangel an Betreuungsangeboten, besser gesagt das Nichtvorhandensein dieser führte 1995 zu einem Novum. Im Rahmen eines studentischen Streiks organisierten sich Studierende mit Kindern und entwickelten eine überraschend einfache und naheliegende Lösung: eine studentische Kinderbetreuung in Uni-Nähe, die gerade auch außerhalb normaler Kitaöffnungszeiten geöffnet ist. Das 15jährige Jubiläum wurde nun bei Kaffee und Kuchen, Musik, Kinderzirkus und Laternenlauf gefeiert. Ehemalige und gegenwärtige Kinderbetreuer_innen, Eltern und Kinder, Freund_innen und Neugierige kamen zu diesem Anlass zusammen. Aber nicht nur im Kinderladen wurde dieses Jahr jubiliert.

Selbstorganisierte Humbolde

Im Sommer wurde der HU das Zertifikat „familienfreundliche Hochschule“ durch die Hertie-Stiftung verliehen. „Familienfreundlich“ trifft mit Sicherheit auf das unkonventionelle selbstorganisierte Betreuungsmodell des Kinderladens „die Humbolde“ zu. Das besondere an den Humbolden ist vor allem ihre Struktur. So wird der Kinderladen von den Betreuerinnen eigenständig organisiert und kommt ohne Chef_in aus. Während die Kosten von der Universität getragen werden, ist für die Verwaltung mittlerweile allein der Referent_innenRat zuständig. Sechs Betreuerinnen, fast alle von ihnen selbst Studierende, kümmern sich zurzeit um die Kinder. Da der Kinderladen sich als Angebot für alle Studierenden

begreift, wurde auf ein geschlossenes pädagogisches Konzept verzichtet. Bei den Betreuerinnen handelt es sich jedoch fast ausnahmslos um ausgebildete Pädagoginnen die ihre eigenen Erfahrungen und Ansätze in das Projekt mit einfließen lassen. Dabei wird auch die eigene Rolle als Erzieherin reflektiert und in den gesellschaftlichen Kontext gestellt. Dass zur Zeit nur Frauen bei den Humbolden aktiv sind, ist keinesfalls nur Zufall, sondern spiegelt die gesellschaftliche Situation wieder. So sind auch heute noch vorwiegend Frauen in Betreuungsberufen zu finden und für die klassische Reproduktionsarbeit zuständig. Trotzdem gehen die Humbolde mit dieser Situation gelassen um. So wird nicht jeder sich bewerbende Mann automatisch eingestellt, sondern auch hier nach Qualifikation und gemeinsamen Vorstellungen ausgewählt.

Steigende Nachfrage

Auch die Aufnahmepolitik des Kinderladens ist nicht gewöhnlich. Für nur 10 Euro im Monat kann ein Kind bei den Humbolden betreut werden. Anders als in einer Kindertagesstätte ist hier kein Kita-Gutschein notwendig. So kommt es, dass studierende Eltern, die zwar einen dringenden Bedarf an Betreuungsangeboten haben, aber aus verschiedenen Gründen keinen Anspruch auf einen Kita-Platz haben, vollständig auf das Angebot des Referent_innenRats angewiesen sind. Doch auch für Eltern mit Kita-Gutschein bieten sich die Humbolde aufgrund ihrer großen Flexibilität an. Momentan betreut der Kinderladen 40 Kinder, allerdings immer nur 15 zur selben Zeit. Dem gegenüber stehen laut *Studentenwerk* in Berlin über 12000 Studierende mit einem oder mehreren Kindern. Zudem wurde seit der Einführung des Bachelor der Bedarf an Betreuungsangeboten durch die inzwischen wieder inoffizielle Teilnahmepflicht noch einmal massiv verstärkt. Eine weitere Folge der Umstellung auf Bachelor und Master ist die vor kurzem erfolgte Öffnung des Kinderladens auch während der Semesterferien. Dies wurde notwendig, da im Bachelor das Studium zunehmend auf die Semesterferien ausgeweitet wird und stößt bei den Eltern auf große Begeisterung.

Alexandra Eßl, Referentin für „Studieren mit Kind(ern)“ im RefRat, schätzt den Bedarf auf mindestens 120 zusätzliche Kita-Plätze für Studierende ein. Allein beim Kinderladen warten derzeit 20 Kinder auf einen Platz. In Adlershof ist trotz der Nachfrage ein ähnliches Angebot erst 2006 geschlossen worden. Seitdem ist der Kinderladen „Die Humbolde“ auch für Studierende aus Adlershof zuständig. Lange Fahrzeiten und ein hoher Organisationsaufwand führen allerdings dazu, dass der Kinderladen faktisch keine Kinder von Studierenden

aus Adlershof betreut. Und wieder steht ein Ortswechsel an: Seit Anfang dieses Jahres ist klar, dass die Monbijoustraße 3 mit ihren Einrichtungen geschlossen und die studentischen Initiativen, damit auch die Humbolde, sich nach einem neuen zu Hause umsehen müssen. Umgezogen werden soll in die Ziegelstraße. Es bleibt zu hoffen, dass die Bauarbeiten am Gebäude rechtzeitig zum Auszug fertig gestellt sind.

Ungewisse Zukunft

Der Kinderladen nimmt diese Zustände als Anlass für den Wunsch nach einer Erweiterung. In der Ziegelstraße sollen zukünftig bis zu 20 Kinder gleichzeitig betreut und eine Krabbelgruppe eingerichtet werden. Dazu muss allerdings noch einiges passieren. Im derzeitigen Zustand ist das neue Gebäude in der Ziegelstraße nicht Kinderladen gerecht. Ebenfalls soll ein Raum für die Eltern zur Verfügung stehen, in dem in Kindernähe gearbeitet werden kann und Raum für regelmäßigen Austausch zwischen den Eltern entsteht. Bisher konnte die räumliche Nähe zu den Beratungsangeboten des Referent_innenRats insbesondere zur Beratungsstelle für Studierende mit Kind positiv genutzt werden. Dies soll nach Wunsch der Verfassten Studierendenschaft auch so bleiben. Deshalb ist der Umzug des Kinderladens eingebunden in ein Gesamtkonzept: In der Ziegelstraße soll ein selbstorganisiertes Wissenschaftshaus entstehen. Zusätzlich zum Kinderladen ist auch die Einrichtung einer Kindertagesstätte geplant, um dem hohen Betreuungsbedarf gerecht zu werden

Wann der Umzug genau stattfinden wird und ob die eingereichten Vorschläge angenommen werden, ist ungewiss. Es besteht aber durchaus Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Das Verhältnis zwischen dem Kinderladen und der Universität ist im Allgemeinen gut. Hierbei ist jedoch nicht zu vergessen, das 1995 ein Streik nötig war um den Kinderladen einzurichten und bei der zunehmenden Verknappung der Gelder für die Universitäten, eine Erweiterung des Betreuungsangebotes nicht ohne jede Menge Ausdauer und Engagement zu erreichen ist. Traditionell ist die Familienfreundlichkeit von Universitäten keine Priorität des Wissenschaftsstandortes Deutschland. Wie sich gezeigt hat, hat die Einführung der Bachelor und Masterstudiengänge zu einer Verschärfung des Leistungsdrucks und der sozialen Situation bei einem Großteil der Studierenden geführt. Dies zeigt sich in den steigenden Zahlen von Burn Outs unter Studierenden und in den großen Protesten der vergangenen Jahre von Studierenden sowie von Lehrenden. Diese Situation trifft Studierende mit Kind ganz besonders. Doch nicht nur sie haben Grund sich auf das geplante Wissenschaftshaus zu



Die Humbolde feiern

freuen. Ein Name hierfür ist zumindest schon gefunden, es soll nach Wunsch der Verfassten Studierendenschaft Hedwig-Dohm Haus heißen. Der Name geht auf Hedwig Dohm einer der ersten feministischen Theoretikerinnen zurück, die geschlechtsspezifische Verhaltensweisen auf geschlechtsspezifische Sozialisation zurückführte und nicht wie damals (und leider auch heute noch oft) auf biologische Determination.

Damit die Einrichtung des Hedwig-Dohm-Hauses nicht an der Spendenfreundlichkeit der Eltern hängen bleibt (kürzlich wurde zum Beispiel ein Kühlschrank für den Kinderladen gespendet), sind hier alle Studierenden gefragt sich im Sinne einer Solidargemeinschaft für das neue Wissenschaftshaus stark zu machen. Auch die anderen Initiativen der Monbijoustraße 3 – wie zum Beispiel die allgemeine Rechtsberatung, der Medienraum und das Studentische Sozialberatungssystem – wurden in der Vergangenheit zu großen Teilen vom Engagement Einzelner getragen. Um diese Angebote auch in der Zukunft weiter stellen zu können, braucht der Referent_innenRat eure Unterstützung. Damit es in fünf Jahren im Kinderladen wieder was zu feiern gibt, ist es wichtig dass ihr am politischen Leben an der Uni teilnehmt, das StuPa wählen geht und informiert bleibt. Die Humbolde werden es euch danken.

Schwarzer, lass gut sein!

Alice Schwarzer scheint das Thema Gleichstellungspolitik abgeschlossen zu haben: „Wir haben es geschafft, wir haben uns die Gleichheit erkämpft“, redet sich die als Gleichstellungsfeministin bekannte Ikone erfolgreich ein. Wie es zu Schwarzers Größenwahn kommen konnte fragt sich ANETT ZEIDLER.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten und nicht ganz ohne Mühe aber letztendlich doch mit viel Erfolg wirklich die Gleichheit erkämpft. Wir sind stolz darauf, dass Mädchen und Jungen die gleichen Chancen haben und dass sie partnerschaftlich miteinander umgehen“, meint Schwarzer in der Polit-Talkrunde *Menschen bei Maischberger* am 12. Oktober 2010. Nicht ganz einen Monat später wirft sie der derzeitigen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder (CDU), in einem Offenen Brief vor, sie bringe die Gleichberechtigung der Frau nicht voran. Wozu etwas voran bringen, was für sie schon beendet ist? Wie jetzt genau? Nun, die Behauptung, Mädchen und Jungs haben die gleichen Chancen stellt Schwarzer nur auf, weil sie sich abgrenzen will – zu Kopftuch und Muslimen. Das ist für sie das gleiche. Ihre – gelinde gesagt – konservative Einstellung entspricht dem herrschaftlichen Tenor, der seit dem 11. September nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand herrscht. Pauschal wertet Schwarzer das Kopftuch als Symbol eines fundamentalistischen Islam sowie als Zeichen der Unterdrückung der Frau. Ausnahmslos.

Kopftuchverbot und (Hoch-)Schule

Abhilfe schaffen soll nach Schwarzer ein Kopftuch-Verbot. Für Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen gilt das Kopftuch-Verbot bereits in mehreren Bundesländern – auch in Berlin. Seit Oktober 2004 sind hier alle religiösen Symbole an staatlichen Schulen verboten. Dies ist ein eklatanter Unterschied zu etwa den Regelungen in Baden-Württemberg oder Bayern, in denen nur Kopftuch, nicht aber das Kreuz verboten ist. Dennoch: Beide Regelungen fundieren auf einer Debatte, die weit davon entfernt ist die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass das Kopftuch auch eine emanzipatorische Strategie sein kann, wie es einige Strömungen des Feminismus in islamisch geprägten Gesellschaften vertreten.¹ Ein pauschales Gutheißen des Kopftuches wiederum verharmlost, dass Unterdrückung von Frauen real existiert. Jedoch nicht nur im Islam. Verschleierung wird viel zu einseitig debattiert und lässt außer Acht, dass auch in Deutschland real keine Gleichheit zwischen Mann und Frau besteht. Kritik an in dieser politischen Einöde à la Schwarzer äußern Menschenrechtler_innen, die auf das Recht aller Menschen pochen, frei über sich selbst entscheiden zu können.

Nichtsdestotrotz fordert Schwarzer nun auch ein Kopftuchverbot für Schülerinnen. Ganz unverschleiert behauptet sie, in Deutschland seien Jungen und Mädchen gleichgestellt und meint damit implizit die Jugend

der Dominanzgesellschaft. Darüber hinaus scheint ihrer Meinung nach unverschleiertes Haar ein Garant für Freiheit, Gleichheit und Partnerschaftlichkeit zu sein. Das ist mehr als fraglich. Die erst im Juni diesen Jahres erschienene Studie der Universität Bielefeld zeigt auf, dass häusliche Gewalt in Partnerschaften gegen ‚nicht-migrationsandere‘ Frauen Konjunktur hat: 27 Prozent der befragten Frauen haben körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt – oder beides. Was soll ein Kopftuchverbot für Schülerinnen nun noch einmal bewirken? Ah ja. Gleichstellung der ‚kleinen muslimischen Mädchen‘, wie Schwarzer bei Maischberger meint. „Nach der Schule können sie dann ja frei entscheiden“ prognostiziert sie. Gewollt oder ungewollt vergisst sie, dass dann das bereits bestehende Kopftuch-Verbot greift – zumindest direkt für die, deren Berufswahl Lehrerin ist.

Radikalität war gestern

Was ist passiert mit Schwarzers Feminismus? Oder vielmehr: Was ist mit Schwarzer geschehen? Der gleichheitsfeministische Ansatz für den sie einmal stand, setzt sich grundsätzlich für eine Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, indem er Missstände aufzeigt. Schwarzer aber verdeckt diese, indem sie freudestrahlend verkündet, Mann und Frau seien in Deutschland gleich gestellt. Schwarzer ist konservativer denn je! Wo ist der radikale Feminismus geblieben? Auf der Strecke des ‚westlichen Feminismus‘ liegt nur er selbst und greift damit zu kurz. Mely Kiyak trifft in ihrem Artikel *Und was ist mit uns?*² bereits vor zwei Jahren den richtigen Ton: „Ja, dieses Land hat fleißig gegendert, leider nur in einem sozialen Milieu – dem eigenen“ und kritisiert damit die Realitätsferne des *weißen*, christlichen Mittelschichtsfeminismus. Auch Vertreter_innen der Postkolonialen Theorie, María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan, verweisen auf die Notwendigkeit, Feminismus neu zu denken. Die größte Herausforderung ist dabei „die Problematisierung der Kategorien, die bisher als Normen und Instrumente der Kritik selbst genutzt wurden“³. Debatten um Rassismus, Klassismus, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit stellen nun aber das Selbstverständliche am Emanzipationskonzept in Frage. Daraus folgt, dass die politische Konstruktion des Feminismus in der Verknüpfung mit der postkolonialen Theorie und Praxis notwendiger Weise in eine Krise gerät. Der notwendige und politisch unumgängliche Fokus liegt somit darauf, welche Kriterien der hegemoniale Diskurs ‚Emanzipation‘ (re)produziert und als Maßstab setzt, der

1 Ammann, Ludwig; Göle, Nilüfer (Hrsg.) (2004): *Islam in Sicht. Der Auftritt von Muslimen im öffentlichen Raum*. Bielefeld.

2 www.zeit.de/2008/28/Feminismus

3 Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2004): *Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention*. In: Roß, Bettina (Hrsg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine anti-rassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft*. Wiesbaden, S. 209.



Foto: pablokd auf flickr.com

Es herrscht Gleichberechtigung in Alice's Wunderland

eben Jene ausschließt, die diese Kriterien scheinbar nicht erfüllen. Darüber hinaus ist zu fragen, welche Bilder von Emanzipierten und Un-Emanzipierten (re)produziert werden. Schwarzers Emanzipationsmodell hat ein klares Gesicht: eine *weiße* Frau ohne Kopftuch.

Erkennen ‚ethnischer‘ Privilegierung

Vor dem Hintergrund Robert Connells Konzept der hegemonialen ‚Männlichkeit‘ spricht Birgit Rommelspacher, Professorin für Geschlechterstudien und Interkulturalität an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, von hegemonialer Weiblichkeit. Ihrer Meinung nach können Ungleichheit schaffende Strukturen in ‚westlichen‘ Emanzipationskonzepten anhand der Analyse hegemonialer Weiblichkeit (er)fassbar gemacht werden. Für die Interpretation der Behauptung Schwarzers etwa, in Deutschland seien Mädchen und Frauen gleich gestellt, ist der Kontext der Äußerung von Belang, die sie hier in Abgrenzung zu Muslimen trifft.

Das dynamische Konzept der hegemonialen Männlichkeit nun geht von bestimmten Spielarten von Männlichkeit aus, die anderen Spielarten untergeordnet seien. Bestimmte Gruppen von Männern, nicht Männer im Allgemeinen, werden innerhalb patriarchaler Geschlechterverhältnisse (sexual relations) unterdrückt. Nach Carrigan et al. besteht die Aufrechterhaltung der hegemonialen Männlichkeit darin, dass die meisten Männer von der Unterordnung der Frau profitieren und dass hegemoniale Männlichkeit in zentraler Verbindung zu der Institutionalisierung der Vorherrschaft von

Männern über Frauen steht. Hegemoniale Männlichkeit verkörpert damit eine ‚erfolgreiche‘ Strategie in Bezug auf Frauen. In der Übertragung auf eine Konzeption hegemonialer Weiblichkeit bedeutet dies, dass Konstruktionen von Weiblichkeiten auf ihnen inhärente Dominanzkonstruktionen hin befragt werden müssen. Eine Institutionalisierung hegemonialer Weiblichkeit zielt nach Rommelspacher im migrationsgesellschaftlichen Kontext auf „ethnische Privilegierung“ ab. Schwarzer erhebt sich und all ihre weißen Genossinnen quasi selbst über die Erniedrigung der Anderen⁴. In den Bund darf nur, wer sich den Mechanismen des *weißen* westlichen Feminismus anpasst. Und dieser ist immer noch einer, der sich innerhalb des patriarchalen Herrschaftssystems bewegt und mit dem sich Schwarzer letzten Endes doch noch zu verbünden scheint. So setzt sie alle Karten auf die Entblößung des weiblichen Körpers im Namen der Emanzipation und lobt in sexistischer Tradition das offene Haar nackt-emanzipierter Weiblichkeit. Ihre Kritik am Kopftuch, das Mädchen zu Anderen mache und sie real behindere, verkehrt dabei die Sichtweise, wer hier wen als die Anderen konstruiert. Schwarzer geht es nicht darum aufzuzeigen, dass die Thematisierung und einseitige Problematisierung des Kopftuches selbst die Anderen erst produziert. Sie steigt selbst in den Kanon ein, der das Kopftuch als Symbol von Geschlechterapartheit und Unterdrückung im Einklang besingt. Die Anderen sind demnach die, die sich der Norm nicht anpassen.

⁴ „Die Anderen“ (in großer Schreibform) verweist auf die Konstruktion eines Subjekts, dass als Nicht-Ich oder als das Fremde gegenübersteht. Die Anderen werden dabei als Spiegel für die eigene Selbstdarstellung funktionalisiert.

Gleichstellung an der HU – Durchgängiges Prinzip oder Imagepflege?

Die HU hat mit ihrer Stellungnahme zu den Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine umfassende Broschüre vorgelegt, die jedoch weit hinter ambitionierten gleichstellungspolitischen Erwartungen zurückbleibt. Von ESTHER HANAUER UND SONJA WEEBER

Wie die Überschrift erahnen lässt, soll dies ein Artikel zur kritischen Bewertung der Gleichstellungspolitik an der Humboldt Universität zu Berlin werden. Dies stellt uns als Autorinnen unmittelbar vor die Frage, wo wir mit der Recherche beginnen sollen? Da bekanntlich stets der Weg das Ziel ist, machen wir uns erst einmal auf in Richtung Hauptgebäude. Bereits vor dem Eingangstor der HU werden wir von den lässig in ihren Sesseln lungernden Brüdern Humboldt begrüßt. Beim Betreten des Ehrenhofs wird schnell klar, wer oder was hier geehrt werden soll: Mitteleuropäisch aussehende, weiße, gut gekleidete Herren mittleren Alters. Allen voran Hermann von Helmholtz, gefolgt von Max Planck und Theodor Mommsen, die sich – so ist anzunehmen – um die wissenschaftlichen Erfolge der HU verdient gemacht haben. Von Gleichstellung, oder genauer gesagt einer Gleichstellung der Geschlechter, ist nur leider keine Spur. Wie im Rahmen des Jubiläumsjahrs angekündigt, möchte die Universität diesem Defizit nun Abhilfe schaffen und für Lise Meitner, einer der bedeutendsten Naturwissenschaftlerinnen des 20. Jahrhunderts, ein Denkmal im beschriebenen „Herrenhof“ schaffen. Doch was bedeutet es in Bezug auf Gleichstellung, den besagten Männern eine Frau gegenüber zu stellen? Verspricht das Konzept Gleichstellung nicht sehr viel mehr? Was genau wird eigentlich an unserer Universität – neben dem Aufstellen von Denkmälern – unter Gleichstellung verstanden und wie wird dies kommuniziert? Wird Gleichstellung an der HU als durchgängiges Prinzip implementiert oder ausschließlich zur gezielten Imagepflege eingesetzt? Unsere Suche geht weiter.

Gleichstellung als rechtliche Vorgabe?

Erste Antworten finden wir im für unsere Universität geltenden Hochschulrecht sowie im HU eigenen Regelwerk, genauer gesagt in Verfassung, Leitbild und Frauenförderrichtlinie. Sehr schnell wird allerdings eines klar: Gleichstellung wird als Chancengleichheit von Frauen und Männern thematisiert, daneben ist wenig sichtbar. Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, ausländische Studierende und Lehrende, sexuelle Identität und Orientierung sowie Alter und soziale Herkunft sind gar nicht bzw. nur vereinzelt Gegenstand gleichstellungspolitischer Regelungen.

In Bezug auf Frauen und Männer werden gleichstellungspolitische Ziele demgegenüber als aktiver Auftrag formuliert. So heißt es nicht nur: „Frauen und Männer

sind gleich“, vielmehr wird die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung und die „Beseitigung bestehender Nachteile“ als unmittelbare Aufgabe der Hochschulen verstanden. Dazu sind an der HU in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen angedacht, entwickelt und eingesetzt worden. Vorerst können wir also festhalten: Es gibt einen riesigen Pool an Gesetzen, Regelungen und Programmen, die die Gleichstellung auf Bundes-, Landes- und Hochschulebene definieren und auf deren Umsetzung hinwirken. Das folgende Beispiel zeigt im diesem Zusammenhang eine weitere Variante auf, die auf die Wirksamkeit von Selbstverpflichtungen setzt.

Gleichstellung als Selbstverpflichtung?

„Die HU wird an vielen Stellen durch Männer repräsentiert. Dies gilt symbolisch wie real“, heißt es – scheinbar direkt auf unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Thema Gleichstellung an unserer Universität bezogen – in der im März veröffentlichten Stellungnahme der HU zu den sogenannten „Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ der DFG. Ein wichtiger Fund auf dem Weg unserer Suche: Diese umfangreiche Publikation bietet nicht nur einen detaillierten Überblick über die in den letzten 15 bis 20 Jahren an der HU umgesetzten, aktuell laufenden und für die Zukunft angedachten gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Projekte, sondern ist für uns auch eine optimale Gelegenheit, die Frage „Gleichstellung an der HU – Durchgängiges Prinzip oder gezielte Imagepflege?“ durch eine Analyse dieses zentralen Dokuments zu beantworten. Was also hat es mit den Standards und der Stellungnahme unserer Universität auf sich?

Im Juli 2008 haben die Mitglieder der DFG, darunter auch die HU, die bereits erwähnten Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards verabschiedet und sich damit zum Ziel gesetzt, durch eine Orientierung an den Prinzipien der Durchgängigkeit, Transparenz, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsorientierung sowie der Kompetenz die „Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen und auch nachhaltig zu sichern“. Zur Erfüllung dieser Vorgabe sollten in einem Schritt bis Juli 2009 Stellungnahmen zur Selbstverpflichtung und Umsetzung der Standards inklusive erstmals konkret festgelegter Ziele zur Steigerung der Frauenanteile auf allen Ebenen der Einrichtungen abgegeben werden.



Auch heiße Luft kann uns ein gutes Stück voranbringen.

Weitere Berichte und Ergebnispräsentationen werden bis zum Abschluss des Programms 2013 folgen. Zudem behält es sich die DFG als einer der einflussreichsten wissenschaftspolitischen Akteure in Deutschland vor, die Vergabe der zunehmend bedeutsamen Drittmittelförderung an eine erfolgreiche Umsetzung der Selbstverpflichtungen zu knüpfen.

Gleichstellung an der HU als bundesdeutsches Vorbild?

Bisher haben 63 Mitgliedseinrichtungen die erste Hürde, die Stellungnahme und Formulierung konkreter Zielvorgaben, genommen – auch unsere Universität, die ihre Selbstverpflichtung mit einer zeitlichen Verzögerung von über einem halben Jahr im Februar bzw. März diesen Jahres veröffentlichte. Nichtsdestotrotz bewertete die DFG Arbeitsgruppe zur Implementierung der Standards den Umsetzungsprozess an der HU als vorbildlich und lobte sie gemeinsam mit elf weiteren Hochschulen für ein bereits erfolgreich etabliertes Gleichstellungskonzept inklusive innovativer Ansätze.

Bei einem ersten Blick in eben diese Stellungnahme fällt uns auf, dass wir es nicht mit einer „einfachen“ Pressemitteilung oder „flachen“ Broschüre zu tun haben. Diese ist vielmehr ein 36 Seiten starkes Heft mit hochwertiger Bebilderung in Farbe auf den Außenseiten. (Das Schreiben von DFG Präsident Matthias Kleiner im Februar 2009 mit der Bitte, eine Stellungnahme von maximal 15 Seiten einzureichen, wurde wohl zwischenzeitlich verlegt.) Als Veröffentlichungsdatum ist Februar 2010 angegeben, doch war die Broschüre nach eigenen Erfahrungen wohl erst ab März und im Campus Shop anfangs auch nur durch gezieltes Nachfragen zugänglich. Wortwörtlich fungiert „Der Präsident“ als Herausgeber, dabei irritiert allerdings, dass die Stellungnahme mit einer sterilen „Vorbemerkung“ beginnt und das geläufige Eröffnungsprozedere einer Publikation, sprich ein Grußwort inklusive Foto und Unterschrift der stolzen Herausgeber_innen, fehlt. Das Thema bleibt sozusagen gesichtslos und ohne Verantwortliche_n. Diese Leerstelle

wird noch unverständlicher, wenn wir uns die erste Seite der Vorbemerkung anschauen, auf der es heißt „Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Gesellschaft ist ein wichtiges hochschulpolitisches und praktisches Anliegen der Humboldt-Universität zu Berlin“, für das „große Anstrengungen“ unternommen werden mit dem Resultat: „Die HU ist im Bereich Gleichstellung bereits gut positioniert“, wie es uns im einzigen farblich hervorgehobenen „Kasten“ der gesamten Broschüre entgegen springt.

Doch bevor wir inhaltlich einsteigen nochmals zurück zum Titelbild. Hier wurde bewusst gegendert und ein Bild mit zwei Personen, die als Frau und Mann zu erkennen sind, in einem Reagenzglas-Labor ausgewählt. Auf der Rückseite werden demgegenüber Diversity-Aspekte stark gemacht, indem eine Frauenrunde bestehend aus drei *weißen* und einer Schwarzen Frau gezeigt wird. Benachteiligungen auf Grund der ‚ethnischen‘ Herkunft, der Hautfarbe oder einer Behinderung hingegen werden in der Broschüre selbst nur an jeweils einer Stelle angesprochen. Weitere Zuordnungen, die Grundlage von Diskriminierung sein können, finden gar keinen Platz.

Der Text selbst präsentiert das gleichstellungspolitische Engagement der HU in vielen Superlativen und Wiederholungen, macht jedoch gleichzeitig Kämpfe und den Einsatz einzelner um eben diese Maßnahmen unsichtbar. Zentrale Themen sind die Berufungspraxis bzw. die Erhöhung des Frauenanteils auf den unterschiedlichen Ebenen, die Einführung und Praktizierung eines sogenannten „Gender-Controllings“. Weniger auffällig wird die Sichtbarkeit von Wissenschaftlerinnen und überraschenderweise die ansonsten häufig erwähnte Vereinbarkeit von Beruf und Familie thematisiert.

Unverständlich und gleichzeitig äußerst kritikwürdig bleibt für uns der Umgang mit den als Teil der Selbstverpflichtung formulierten Zielvorgaben, die konkrete Zahlenwerte festschreiben, auf die der Frauenanteil der unterschiedlichen Universitätsebenen bis Ende 2012 gesteigert werden soll. Diese Angaben werden nicht nur

nahezu kommentarlos in den Anhang verfrachtet, es bleibt außerdem vollkommen unklar, wie die Zahlenwerte der Zielvorgaben berechnet wurden. Auch werden sie nicht in Beziehung zu den in der Stellungnahme präsentierten Maßnahmen gesetzt, womit offen bleibt, wie sie im einzelnen erreicht werden sollen. Welch enormer Handlungsbedarf hier jedoch tatsächlich besteht, zeigt die Statistik für 2009: Der Frauenanteil an allen Studierenden betrug im letzten Jahr 57,7%, an allen Promotionen 42,8% und an allen Habilitationen schließlich nur noch 35,0%. Die Anteile sanken noch weiter im Hinblick auf die Professuren (18,0%) und die prestigeträchtigen Sprecher_innenposten (7,7%). Im Präsidium ist schließlich keine einzige Frau mehr zu finden (0,0%). Darüber hinaus wird nicht darauf eingegangen, was bei Nichteinhaltung geschehen wird. Hier bleibt auch die DFG selbst, neben dem Verweis auf finanzielle Anreize, Erklärungen schuldig. Somit ist für uns nicht ersichtlich, in wie weit beide Vorhaben über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehen.

Gleichstellung an der HU – Mehr Schein als Sein?

Insgesamt scheint Öffentlichkeitswirksamkeit und eine damit einhergehende gezielte Imagepflege oberstes Ziel zumindest der Stellungnahme zu sein. Unterstützt wird diese Herangehensweise durch eine insgesamt stark an Wirtschaftsprozessen orientierte Sprache inklusive einem inflationären Gebrauch des Begriffs „Exzellenz“ sowie einer rein ökonomisch und an ihren Mehrwert und ihre Serviceleistung geknüpfte Begründung gleichstellungspolitischer Maßnahmen.

Dass die Aufrechterhaltung dieses Werbeimages jedoch nicht immer so ganz einfach ist und durchaus zu seltsam bis ironisch wirkenden Widersprüchen führen kann, soll abschließend folgendes Beispiel zeigen, das in unseren Augen den Charakter des der gesamten Broschüre gut beschreibt: Auffallend stolz wird über die Maßnahmen zur Erhöhung des Professorinnenanteils gesprochen, die als „ausgezeichnet“ bezeichnet und als Grund für die „erfreuliche“ Steigerung des Frauenanteils unter den ordentlichen Professuren von 16% Ende 2007 auf 18% Ende 2009 angeführt werden. Schon allein diese Argumentation, zwei Prozent als Erfolg zu werten, hinkt, wird jedoch noch grotesker: Fünf Seiten weiter wird die gleiche Zahl mit der korrekten Feststellung „gerade einmal 18%“ als

Defizit verkauft und „dringender Handlungsbedarf“ angemeldet. Da wortwörtlich so veröffentlicht, scheint diese Diskrepanz jedoch niemanden zu stören.

Gleichstellung als Konzept von Durchgängigkeit und Vielfalt

Kommen wir nun noch einmal zurück zu unserer Frage nach dem Verständnis von Gleichstellung unserer Universität. Wie wir bereits festgestellt haben gilt hier: Wer Gleichstellung systematisch betreibt, wird als exzellent bewertet („Exzellenzinitiative“) und bleibt somit wettbewerbsfähig. Der Weg dahin scheint einfach und führt – so in der Stellungnahme zu lesen – über die Schaffung einer „vorurteilsfreien Kompetenz“ zur Überwindung diskriminierender Vergabemechanismen. Das Ziel kommt ebenso klar daher, wie es am Beispiel der Juniorprofessor_innen deutlich formuliert wird: „Auf der Qualifikationsstufe ‚Juniorprofessuren‘ steht die HU mit einem Frauenanteil von über 60% ausgezeichnet da. Hier hat sie das Ziel der Gleichstellung bereits erreicht.“ Sehen wir einmal davon ab, dass Juniorprofessuren, die in ihrer Konzeption bereits prekär angelegt sind, u.a. eingeführt wurden, um Frauen den Weg auf eine ordentliche Professur zu erleichtern und deshalb eigentlich erst 100% als Erfolg zu bewerten wären, ist für uns mit dem Erreichen der magischen 50% Marke Gleichstellung nicht verwirklicht.

Es geht aber um mehr als um bloße rechtliche Sollensanforderungen, formale Vorgaben und den jeweiligen Anteil von Frauen und Männern. Tatsächliche Gleichstellung drückt sich in der Sichtbarkeit von Vielfalt, in Bildern, Symbolen, Einstellungs- und Berufungskultur, Öffentlichkeitsarbeit und vielem mehr aus. Gleichstellung bedeutet eine aktive Mitgestaltung der Hochschule in paritätisch besetzten Gremien sowie ein kritisches Hinterfragen der Entstehungsgeschichte der Institution Universität, männerbündischer Organisations- und Arbeitsstrukturen, eingeschriebener Diskriminierungs- und Hierarchisierungsmuster. Es geht uns also um Universität als Ganzes, an die wir den Anspruch formulieren, Repräsentanz und Sichtbarkeit von Vielfalt sowie solidarische Organisations- und Arbeitskulturen als Richtungsziele zu implementieren. Gleichstellung muss sich in diesem Zusammenhang eindeutig auf die unterschiedlichsten Dimensionen von Diskriminierung beziehen. Wir sind noch nicht am Ziel.

Eine Langversion des Artikels und weitere Infos zum Thema gibt's unter:

- www.refrat.hu-berlin.de/frauen
- www.hu-berlin.de/ueberblick/leitung
- www.dfg.de/chancengleichheit/gremien.hu-berlin.de/frb/publ

impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin. huch@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch
- **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).
- **Redaktion** Katharina Paar, Nelo Locke, Tobias Becker, Anett Zeidler (V.i.S.d.P) **Layout** Tobi **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

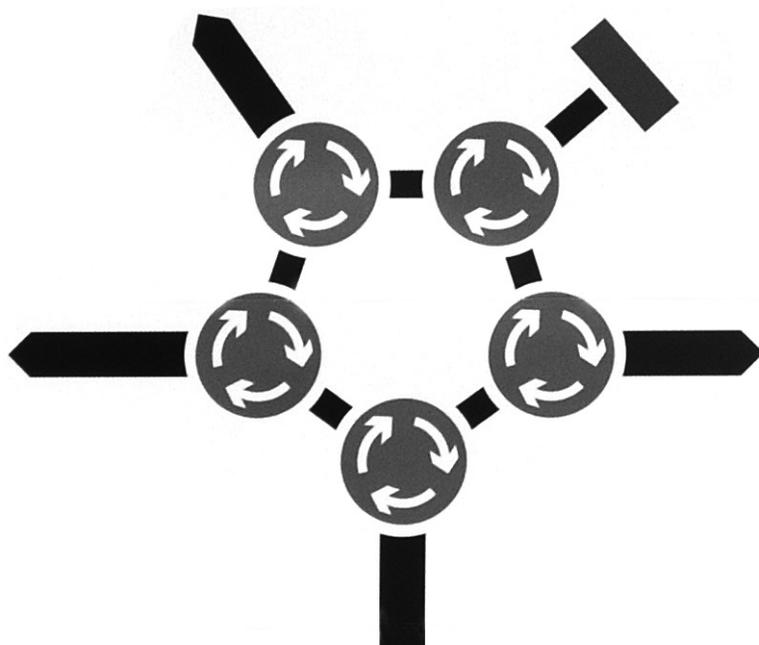
Redaktionsschluss für die Nr. 67 ist der 16. Januar 2011

Ihre Route wird neu berechnet

Hast du das Gefühl, dass dir alles über den Kopf wächst? Dein Studium verlangt dir viel ab, gleichzeitig hast du persönlichen Stress und auf Arbeit läuft auch alles drunter und drüber? Bei diesen und anderen Verwirrungen leistet die Allgemeine Überforderungsberatung jetzt Abhilfe. Vom STUDENTISCHEN SOZIALBERATUNGSSYSTEM

„den Weg ebnen..“

Seit Beginn dieses Semesters ist das Beratungssystem der studentischen Sozialberatung an der Monbijoustraße 3 durch ein weiteres Beratungsangebot ergänzt worden. Neben der BAföG-Beratung, der Beratung für Studierende mit Kind, der Beratung für ausländische Studierende, der arbeitsrechtlichen Anfangsberatung und der Beratung für Studierende mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen gibt es nun eine „Allgemeine Überforderungsberatung“. Katrin, langjähriges Mitglied des Beratungssystems und diplomierte Sozialpädagogin/ Sozialarbeiterin, bietet diese an, da sie in ihrem Beratungsalltag festgestellt hat, dass viele Ratsuchende mit Mehrfaktoren-Problemen kommen. Dabei haben die Student_innen meist nicht lediglich ein Problem, das sich beheben lässt, sondern es kommen in vielen Themenbereichen verschiedene Hürden und Schwierigkeiten hinzu, so dass die „Baustellen, die einem den Weg versperren“, immer größer und unübersichtlicher werden.



Überforderungsberatung

Die Beratung findet jeden 1. und 3. Donnerstag im Montag von 17-19Uhr in der Monbijoustraße 3, Berlin-Mitte, in Raum 16 statt. Zu dieser Zeit ist Katrin auch erreichbar unter (030) 2093 – 1986. Gern könnt ihr euch auch per E-mail melden: ueberforderung@refrat.hu-berlin.de

„Wo geht's lang..?!“

Die neue Beratung ist nicht als psychologische Beratung, wie es sie an der Humboldt-Universität schon gibt, sondern als Eingangsberatung für Menschen gedacht, welche nicht genau wissen, wohin sie sich mit ihren Schwierigkeiten wenden können. Vordergründig hat die Beratung die Strukturierung und Visualisierung von Problemfeldern als Zielsetzung. Häufig stehen Student_innen mit „mehr als einer Baustelle“ vor der Hürde, dass die Probleme immer weiter anwachsen und sie sich nicht in der Lage fühlen, diese angemessen abzubauen. Sie fühlen sich dann häufig selbst alltäglichen Handlungen nicht mehr gewachsen, wie z.B. die Post zu öffnen und zu beantworten.

Die Allgemeine Überforderungsberatung hilft, sich einen Überblick zu verschaffen, aus dem großen Knäuel an Problemfeldern einzelne Fäden herauszuziehen und so zu entwirren. Es geht um kleinteilige Planung und Umsetzung der Problembewältigung. Dabei ist meist der erste Schritt, eine Übersicht zu erstellen, welche der „Baustellen“ sich kurzfristig, mittelfristig und langfristig abbauen lassen und in schaffbare Einheiten zu teilen, um so kleine Erfolge möglich zu machen. Katrin weiß aus ihrer langjährigen Beratungstätigkeit auch, wie wichtig es häufig für Menschen ist, allein an die richtigen Stellen weiter vermittelt zu werden, sei es zur Unterstützung beim Wohngeld oder um – wenn nötig - auch therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Ziel der Beratung ist es zudem, die Menschen positiv zu bestärken, einen klaren Impuls von außen zu geben und ihnen so Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

STUDENTISCHE SOZIALBERATUNG

an der Humboldt-Universität



Allgemeine Sozialberatung

Mitte: Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.allgemein
Adlershof: Rudower Chaussee 25, Haus 2, R. 324
Tel.: 030 / 2093 - 54 76
www.refrat.de/beratung.ahof
Sprechzeiten
Mitte: Mittwochs 14-16 Uhr
Adlershof: Dienstags 10-14 Uhr (nur April bis Juli und Oktober bis Februar)

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Dorotheenstraße 17, Raum 2
(Beratungsraum im RefRat)
Aktuelle Termine unter:
(030) 2093 -2603 oder -2614
www.refrat.de/beratung.hoperecht
Sprechzeiten
Mittwochs und Donnerstags 14-18 Uhr
März, August und September: nur
Mittwochs 14-18 Uhr

Beratung zu BAföG und Unterhalt

Monbijoustr. 3, Raum 15
Tel.: 030 / 20 93 - 10 60
beratung.bafoeg@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.bafoeg
Sprechzeiten
Montags und Donnerstags 14-18 Uhr;
Mittwochs: 10-18 Uhr
März, August und September: nur
Mittwochs 10-16 Uhr

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
Email: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.kind
Sprechzeiten
Montags 12-15:30 Uhr;
Mittwochs 10-13:30 Uhr
März, August und September: nur
Mittwochs 9-13:30 Uhr und n.V.

Enthinderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45
beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.enthuenderung
Sprechzeiten
Mo 13:30-18 Uhr; Mi 9-13:30 Uhr
März, August und September: nur
Mittwochs 9-13:30 Uhr und n.V.

Überforderungsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 16
Tel.: 030 / 20 93 - 19 86
ueberforderung@refrat.hu-berlin.de
Sprechzeiten
1. und 3. Donnerstag im Monat 17-19 Uhr

Allgemeine Rechtsberatung

RechtsanwältInnen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten
Monbijoustr. 3, Raum 16
Aktuelle Schwerpunkte:
www.refrat.de/beratung.recht.termine
oder im RefRat erfragbar:
(030) 2093 -2603 oder -2614
Sprechzeiten
Mittwochs 18-20 Uhr
Während der Semesterferien:
Mittwochs vierzehntägig, 18-20 Uhr

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 21 45
beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.arbeit
Sprechzeiten
Mittwochs und Donnerstags 14-18 Uhr
März, August und September: nur
Mittwochs 14-18 Uhr

Beratung für ausländische Studierende

Monbijoustr. 3, Raum 5
Tel.: 030 / 20 93 - 10 62
beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/beratung.auslaenderinnen
Sprechzeiten
Mo, Mi und Do 12-16:30 Uhr
März, August und September: nur
Mi 12:30-16:30 Uhr und n.V.

Semesterticketbüro

Mitte: Invalidenstr. 110, Räume: 533 und 535
(Neue Adresse!)
Tel.: 030 / 20 93 - 70296
Fax: 030 / 20 93 - 70299
semstix@refrat.hu-berlin.de
www.semstix.de

Adlershof: Rudower Chaussee 25,
Haus 2/Raum 324
Tel.: 030 / 20 93 - 54 76
semstix@refrat.hu-berlin.de
www.semstix.de

Sprechzeiten

Mitte:
Studierende der HU:
Montags 12:30-15:30 Uhr;
Mittwochs 12:30-19 Uhr
Januar, Februar, Juni und Juli:
Montags, Dienstags und Freitags 12-15 Uhr,
Mittwochs 12-19 Uhr

Studierende der Kunsthochschule Weißensee:
Donnerstags 16-18 Uhr

Adlershof:
Donnerstags 10:45-15 Uhr
(nur Januar, Februar, Juni und Juli)

NFJ Seminare

15. + 16. Januar 2011
Kunst und Politik – Kunst als Politik
Ein Wochenendseminar zur
Frage, wo sich das Politische
in der Kunst befindet

5. Februar 2011
**Schnitzeljagd für
Datenvegetarier_innen – Facebook
und andere falsche Freund_innen**
Seminar zu Internet- und PC-Sicherheit

25. - 27. Februar 2011
„Wie der Stahl gehärtet wurde“
Seminar zu historischem Stalinismus
und den Überresten in der Linken

**Infos & Anmeldung jeweils unter:
info@naturfreundejugend-berlin.de**

„Arbeit-Leben-Erinnerung im heutigen Südafrika“

Eine Ausstellung zu den Themen „Leben-Arbeit-Erinnerung“ im Südafrika nach der Apartheid. Sie zeigt Blicke auf Alltagssituationen – abseits der Fußball-WM 2010. In den Veranstaltungen geht es um aktuelle Entwicklungen in der Kultur- und Erinnerungspolitik, Auseinandersetzungen über den Weg zur Einheit nach der „verhandelten Revolution“ und vergangene als auch gegenwärtige Widerstandsformen.

15. November bis 19. Dezember 2010
im SBZ Krähenfuß
Öffnungszeiten: Mo-Do 12-18 Uhr, Fr 12-16 Uhr
Kontakt: SBZ-Kraehenfuss@gmx.net

Eine Ausstellung von
Thorsten Schäfer (Fotos und Konzeption)
seminarprojekt@gmx.de
Ingo Woelke (Bildbearbeitung und Konzeption)
info@ingo-woelke.com

Kick the Past?

Zum Umgang mit Vergangenheiten
im heutigen Südafrika

Programm zur Ausstellung
„Arbeit-Leben-Erinnerung im heutigen Südafrika“

Dienstag, 14. Dezember ab 18.30 Uhr

Vorstellung der Kampagne „A Star of Apartheid“ –
Zur Verstrickung Daimler Benz' in das
Apartheids-Regime. Mit Sodi